

Dresdner Volkszeitung

Postfach 1000, Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1948.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Knappe, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8-spaltige Nonpareilzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Familienanzeigen: Stellen u. Verleihe 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 Proz.

Nr. 105

Dresden, Montag den 7. Mai 1923

34. Jahrg.

Der französisch-belgische Nachschub

Die Antwort der französischen Regierung auf die Reparationsnote der deutschen Regierung ist am Sonntag der deutschen Vertretung in Paris überreicht worden. Diese französische Antwort ist zugleich im Namen der belgischen Regierung erfolgt, da Poincaré die belgischen Vorschläge auf ausführlichere (und angeblich schärfere) Begründung beruht hat. Nach dem schon vor zwei Tagen gelieferten „Uan n e h m b a r“ bietet die Note kein, Ueberraschendes mehr. Man hatte nur noch abzuwarten, ob die Begründung der Ablehnung so gehalten sein würde, daß sie die Gelegenheit für weitere Rückfragen, Vorschläge oder gar Verhandlungen förderte oder — abschneidet. Aus dem Wortlaut der Antwort geht hervor, daß Frankreich und Belgien keine Verhandlungen auf einer andern Grundlage wünschen als der, die sie vorher für Deutschland bindend festgelegt haben. Wenn sich die deutsche Regierung diesen Bedingungen nicht von vornherein unterwerfen will, so scheint eine weitere deutsche Antwort nicht erwartet zu werden. Der Versuch einer Annäherung von Verhandlungen wäre also gescheitert, wenn nicht die Hoffnung bestünde, daß die englische Regierung, die den Schritt eines deutschen Angebotes angeregt hatte, eine andere Haltung zu erkennen geben werde, die weitere deutsche Schritte erwünscht erscheinen läßt. Poincaré hat eine Verständigung mit England und Italien zwecks gemeinsamer Antwort vorbereitet, obgleich Lord Curzon dringend riet, gemeinsamen Vorgehen. Was wird die englische Regierung nun tun? Ein Londoner Telegramm meldet, daß der Oberster erklärte, die englische Regierung mache immer noch (am Sonntag) angestrengte Versuche, eine Gesamtstellungnahme der Alliierten zu erzielen. „Wenn aber Frankreich auf einem separaten Vorgehen bestünde, werde der englischen Regierung kein anderer Weg bleiben, als eine formelle Bestätigung des Empfanges des letzten deutschen Angebotes nach Berlin zu senden und dann zu ihrer neutralen Haltung zurückzukehren.“

Mancherlei Ansichten sprechen dafür, daß die angebotene Rückkehr Englands zur weiteren Passivität noch nicht die endgültige Stellungnahme des Kabinetts Bonar Law ist. Gleichwohl, England hat durch seine Anregung Deutschland und ganz Europa gegenüber eine gewisse Verpflichtung übernommen. Ob es sich durch Frankreich so ohne weiteres beiseite schieben läßt, bleibt abzuwarten. Eine Klärung des Verhältnisses der Alliierten untereinander steht bevor. Jede sich dabei bietende Gelegenheit muß die deutsche Regierung zu weiteren Schritten benutzen, um die unverantwortlichen Mängel des ersten Angebotes zu beseitigen und feste Garantien und Sicherheiten für die angebotenen deutschen Leistungen zu bieten. Eine Möglichkeit, dies ohne Bestätigung des sogenannten „Vestiges“ (der eingebildeten Würde oder Ehre) zu tun, wird sich sicherlich im weiteren Verlaufe ergeben.

Ein solcher klärender Schritt der Cuno-Regierung ist auch im Hinblick auf die französische Antwort notwendig. Eine Anzahl Sätze Poincarés sind nur möglich geworden durch deutsche Unklarheiten, falsche Auslegungen, unnötige Schärfe. Es bleibt unabweislich, daß die Cuno-Regierung den französischen Gewaltpolitikern ihre abweisende Antwort in einigen Beziehungen so leicht gemacht hat! Die Hauptschwäche der Cuno-Note, die unklare Garantiefraße, hat Poincaré mit aller grausamen Wucht ausgenutzt. Selbstverständlich, das hat nur Cuno nicht vorausgesehen, oder besser: nicht anders machen dürfen. Deutschnationaler und vor allem großindustrieller Einfluß haben hier blickt.

Der französische imperialistische Nachschub hat in seiner Antwortnote die Gelegenheit rücksichtslos ausgenutzt, der Welt seinen Herrschaftsanspruch mit schäudererregender Argumentation zu begründen und wieder alle Schuld allein auf den Gegner zu häufen. Die Gewalt erscheint aufs neue mit „Recht“ drapiert. Eine klügere deutsche Stellungnahme hätte das sehr erschweren können, obgleich natürlich damit zu rechnen war, daß die französischen Nachschubler zunächst ein Recht auf ein Verhandlungsangebot geben würden. Nun gehen sie weiter und diffundieren: 1. Aufgabe des Widerstandes, ehe man Vorschläge prüft. 2. Verhandlungen nur auf Grundlage des Zahlungsplanes vom 1. Mai 1921, 3. Sicherheit nur durch praktische Maßnahmen, nicht durch Verpflichtungen, 4. Räumung nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen, 5. Ausschaltung internationaler Kommissionen und Regelungen usw.

Die Realpolitik der Macht stellt alle bisherigen Gewalttaten und alle erdroffenen Forderungen als „durch den Vertrag“ „erhalten“ dar, ja sogar als durch den Vertrag „erhalten“. Dadurch will man die Entente zusammenhalten, trotzdem die französische Gewaltpolitik schon England und Italien in die Passivität stieß. Durch die französisch-belgische Antwort wird die Differenz noch vertieft, obgleich die französische Regierungspresse — wie ein Pariser Telegramm schon meldet — den Schritt nicht als vorläufigen Nachschub auslöst, dem sich England und Italien einfach anzufügen hätten. Nein, die Note sei nur eine Zurückweisung der tendenziösen Argumente der Reichsregierung gewesen, die man zur Sicherung des Versailler Vertrages vornehmen mußte. Im übrigen beruhe das alles die Entente gar nicht, da ja Frankreich und Belgien allein an der Ruhrbesetzung beteiligt seien.

Ob die Zeit jetzt erfüllt ist, wo England und Italien die Reparationsfrage wieder als europäisches Problem auffassen

und demgemäß handeln werden, muß sich in den nächsten Tagen zeigen. Jedes von dem französischen abweichende englische Vorgehen würde die Weiterverhandlungen ermöglichen und erleichtern. Es muß nun dafür Sorge getragen werden, daß der nächste deutsche Schritt ein klarer und sicherer wird, dem nicht mehr auszuweichen ist. Im Reichstag will man am Freitag darüber beraten — und hoffentlich darüber auch deutlich genug sprechen.

Der Wortlaut der Antwortnote

Paris, 6. Mai. Dem deutschen Geschäftsträger ist folgende Antwort auf die deutsche Note vom 2. Mai übergeben worden: Die belgische und die französische Regierung können eine große Anzahl der von der deutschen Regierung gemachten Bemerkungen nicht durchgehen lassen, ohne ihnen zu widersprechen. Einerseits ist es nicht richtig, daß irgendeine von Frankreich und Belgien ergriffene Maßnahme in Verletzung des Friedensvertrages von Versailles erfolgt ist, andererseits stehen die heute von Deutschland formulierten Vorschläge in mehreren Punkten im Widerspruch mit diesem Vertrage. Der Vertrag von Versailles hat die Bedingungen bestimmt, unter denen die Schuld Deutschlands zuerst festgesetzt und dann bezahlt wird. Die Festsetzung ist Ende April 1921 erfolgt, die Zahlungsbedingungen sind am 6. Mai 1921 festgelegt worden. Deutschland hat formell am diesem Tage die Festsetzung und die Modalitäten angenommen. Inzwischen hat es die Verpflichtungen, die es übernommen hat, nicht gehalten. Ein teilweises Moratorium ist ihm bewilligt worden. Es hat nicht einmal die herabgesetzten Verpflichtungen erfüllt. Die Reparationskommission hat die verschiedenen Verpflichtungen, die Deutschland begehrt, nicht erfüllt.

Infolge dieser Feststellung und in Ausführung des Friedensvertrages haben Frankreich und Belgien Klärungen gemacht. Entsprechend der Behauptung der deutschen Regierung ist diese Forderung abgelehnt, die geringste Gewalt seitens Belgien und Frankreich erfolgt, und wenn es nur von diesen beiden Mächten abhängig gewesen wäre, hätte sich sofort im Ruhrgebiet eine Zusammenkunft zwischen den deutschen Industriellen, Ingenieuren und Arbeitern und den französischen Industriellen, Ingenieuren und Arbeitern ermöglicht. Die Besetzung, die von Deutschland und Belgien her, haben allein diese Zusammenkunft verhindert. Die deutsche Regierung behauptet, daß die Besetzung mit einem passiven Widerstand auf die Befreiung des Ruhrgebietes geantwortet hat. Nichts ist weniger richtig. Es ist nicht die Besetzung, sondern die deutsche Regierung, die den Widerstand gewollt und organisiert hat. Die deutsche Regierung erkennt diese Komplizität übrigens selbst an, denn sie erklärt heute, daß dieser Widerstand erst nach einem Nebeneinkommen über die jetzigen Vorschläge ein Ende finden werde. Wenn der Widerstand von ihr nicht organisiert ist, wie würde also die deutsche Regierung sein, ihn abzufügen oder zu verlängern? Dieser Widerstand ist aber nicht passiv, sondern aktiv. Während der Friedensvertrag von Versailles formell bestimmt, daß Deutschland nicht das Recht hat, eine Sanktion, wenn sie nach Feststellung einer Verletzung durch die Reparationskommission erfolgt, als einen Akt der Feindseligkeit anzusehen, hat die deutsche Regierung nicht nur Streiks von Beamten provoziert, sondern einen allgemeinen systematischen Konflikt, Angriff, Sabotage und Vergehen gegen das gemeine Recht.

Die belgische und französische Regierung können keinen deutschen Vorschlag in Berücksichtigung ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird.

Sie wollen nicht, daß das Leben ihrer Offiziere, Soldaten, ihrer Ingenieure, ihrer Polizeibeamten und ihrer Eisenbahnbeamten in Gefahr ausgesetzt sei, während man die zu regelnden Fragen prüft. Sie wollen ferner nicht, daß die normalen Funktionen der militärischen Kontrollkommissionen gestört werden und daß die Entlohnung Deutschlands durch die einzige Tatsache kompromittiert werde, daß das unbegleitete Frankreich und Belgien Vandalen genommen hätten, wogegen sie ein Recht besitzen.

Die französische und belgische Regierung müssen hinzufügen, daß die jetzigen Vorschläge Deutschlands in mehreren Hinsichten vollkommen unannehmbar sind.

In erster Linie stellen die tatsächlichen Ziffern nur ein Viertel der Summe dar, die die Reparationskommission festgesetzt hat und die von Deutschland als der Betrag seiner Schuld gegenüber den Alliierten anerkannt worden sei. Frankreich und Belgien haben wiederholt erklärt und sie sind gezwungen, hier nochmals zu sagen, daß die Überlegung ihrer eigenen Interessen nicht annehmen könnten und daß, wenn sie bereit sind, einen Teil mit alliierten Schulden zu kompensieren, sie in die materielle Notwendigkeit versetzt sind, den Restbetrag zu empfangen, um die notwendigen Vermögenswerte zu beschaffen, die der deutsche Einfall verursacht hat. Frankreich hat bis zum August 1920 100 Milliarden verloren, Belgien hat bis zum Ende 1920 15 Milliarden verloren. Außer ihren Pensionslasten müssen sie noch die Hälfte ihrer Schäden reparieren. Das wirtschaftliche Interesse Frankreichs, das wirtschaftliche Interesse der Gemeinschaft der Welt, die Gerechtigkeit selbst, machen es erforderlich, daß die geschädigten Länder nicht dazu gezwungen sind, sich zu ruinieren und die Wiederherstellung ihrer Schuldner zu beschleunigen. Sowohl Frankreich als auch Belgien, ein Opfer der zehnjährigen Verletzung der Verträge, würden die angebotene Summe bis jetzt nicht erhalten, ihre verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen. Also während die von den deutschen Deern der Jahre lang beschützten Gebiete bis ins Unendliche verwüstet bleiben, würde Deutschland fortfahren, im Ruhrgebiet und anderswärts neue Fabriken, Sodawerke, Hüttenwerke, Wege und Eisenbahnen zu bauen. Diese Ungerechtigkeit sind Belgien und Frankreich entschlossen, nicht zu dulden. Das Angebot von 30 Milliarden, das die deutsche Regierung gemacht hat, enthält übrigens nach einem von der deutschen Regierung selbst gebrauchten Ausdruck

eine gewisse Ehrlichkeit,

deren Willkür und Gefahr man nicht nötig hat aufzuzeigen. Die Zahlen, die angegeben wurden, würden nach der deutschen Regierung ein Regime bilden, und es würde Deutschland leicht sein,

die wieder zur Diskussion zu stellen, bevor sie Wirklichkeit geworden sind. Gemäß behauptet die deutsche Regierung, daß es im Augenblick nicht möglich sei, feste und endgültige Ziffern der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bestimmen. Als die alliierten Regierungen den Londoner Zahlungsplan aufstellten, haben sie Rücksicht genommen auf das was diese Bemerkung Verzeihen in sich birgt, und sie haben die Zahlung von annähernd zwei Drittel der deutschen Schuld auf eine unbestimmte Zeit verschoben, die durch den Wohlstand Deutschlands allein bestimmt werden soll. Seitdem hat die deutsche Regierung nicht aufgehört, gegen diese Unbestimmtheit eines Teiles der Schuld zu protestieren. Sie hat gesagt und wiederholt, wenn sie verhindert sei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so sei das die Schuld der Unbestimmtheit bei. Können da die Alliierten einen Grund haben, anzunehmen, daß Deutschland nicht bald wieder auf seine ursprüngliche Begründung zurückgehen und erklären wird, daß nur der feststehende Teil von Deutschland bezahlt werden kann, unter dem Vorwande, daß es den Gesamtbetrag seiner Verpflichtungen nicht kennt?

Tatsächlich handelt es sich bei den deutschen Vorschlägen nur um eine nominelle und scheinbare Summe von 30 Milliarden Reichsmark. Der tatsächliche Betrag rechnet erst vom 1. Juli 1927, und das für eine Summe von nur 20 Milliarden Reichsmark. Deutschland verlangt also ein vollständiges Moratorium von annähernd 4 1/2 Jahren, gerechnet vom 1. Januar 1923, dem Tage, an dem der Londoner Zahlungsplan von der Reparationskommission wieder in Kraft gesetzt worden ist. Die Summe von 20 Milliarden Reichsmark ermäßigt sich übrigens noch beträchtlich, weil bis zum 1. Juli 1927 die Zinsen von dem Betrage der Anleihe genommen werden sollen. Wenn man einen Diskont von 6 p. h. rechnet, so sinkt der ausserordentliche Wert der 20 Milliarden Reichsmark auf 15,330 Milliarden Reichsmark. Diese ungenauen Vorschläge sind übrigens von Vorbehalten begleitet, die gestatten würden, in einigen Monaten wieder alles in Frage zu stellen.

Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß die 20 Milliarden über die geringere Summe, die sie ins Auge faßt, tatsächlich an dem genannten Datum gezahlt werden.

Sie stellt dann jedenfalls voraus, daß, wenn sie nicht durch Anleihen gedeckt werden, der niedrige Zinssatz zu dem zum Spott herausfordernden Zinssatz von 6 p. h. eine zu amortisierbare Annuität bilden wird. Noch weniger Garantien bietet sie für die beiden Ergänzungsbeträge von je 5 Milliarden, die im Grunde am 1. Juli 1929 bzw. am 1. Juli 1931 bezahlt werden sollen. Das deutsche Angebot erklärt,

eine internationale Kommission solle entscheiden, ob diese beiden Abschnitte ausbezahlt werden sollen und ob, gleiches, ob die Zinsen ab 1. Juli 1923 gezahlt werden sollen oder nicht. Eine derartige Unsicherheit macht eine jede ernste Schätzung des Gegenwärtigen des Angebotes unmöglich. Nebenbei haben die französische und die belgische Regierung auf der Pariser Konferenz in gegenseitigem Einvernehmen

den Gedanken aufgeschaltet, daß etwa die Reparationskommission ihrer Kompetenz entzogen und durch internationale Kommissionen, internationale Ausschüsse von Geschäftleuten, Schiedsgerichten ersetzt wird.

Im Vertrag von Versailles hat Deutschland sich feierlich verpflichtet, die Reparationskommission als Richter über den teilweisen Nachschub von Schulden und den Ausschub von Zahlungen anzuerkennen. Es ist bestimmt worden, daß kein Nachschub anders als durch einstimmiges Einvernehmen der Gläubigermächte gewährt werden kann. Frankreich und Belgien können sich nicht bereis erklären, die durch den Vertrag von Versailles ihnen dargebotenen Garantien preiszugeben. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Sicherheiten für die Darlehen und Sachlieferungen zu geben.

Was sie heute anbietet, stellt nichts weiter als eine enorme Verminderung ihrer früheren Verpflichtungen dar. Das aber diese Sicherheiten anbelangt, so beschränkt sie sich darauf, die unbestimmtesten und unklarsten Ideen zu äußern.

Obwohl die Reparationskommission im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen bereits seit langem Maßnahmen in dieser Hinsicht, mit Hilfe deren Deutschland seine Finanzen wiederherstellen und zur Aufnahme auswärtiger Anleihen zu schreiten in der Lage sein kann, obwohl die alliierten Regierungen Deutschland zu den aufrichtigsten Ermahnungen angereizt haben, die es für erforderlich sind, um diese Resultate zu erzielen,

sagt die deutsche Regierung auch jetzt noch nicht, in welcher Weise sie ihre Währung zu stabilisieren versuchen oder welche gesetzgeberischen Maßnahmen sie ergreifen wird, noch auch, welche Einnahmequellen sie für Garantierungen der verschiedenen Anleiheabschnitte zu verwenden gedenkt.

Genau so unbestimmt und genau so illusorisch sind die Angaben der deutschen Regierung für die Sicherheitsgarantien, die sie, wie sie erklärt, Frankreich zu bieten bereit ist. Sie spricht nicht von Belgien, und dieses Verhalten erscheint zu allemaldesten merkwürdig, wenn man sich erinnert, wie Deutschland sich im Jahre 1914, als es Garant für die belgische Neutralität war, dieser Nation gegenüber versprochen hatte! Indessen sind die belgische und die französische Regierung stets für das internationale friedliche Vernehmen und die friedensfördernden Vereinbarungen, die auf Gegenseitigkeit beruhen, gewesen, und die deutsche Regierung möchte trotzdem schon heute die Hauptbedingungen, die der Versailler Vertrag enthält. In diesem Zusammenhang, ebenso wie der Reparationsfrage

hatten Frankreich und Belgien sich nicht mit den deutschen Vorschlägen begnügen. Sie brauchen Gewissheiten.

Als Gegenleistung für zum Teil unannehmbar und zum Teil zu großzügige Vorschläge beansprucht die deutsche Regierung, daß der Ausgangspunkt der Verhandlungen sein müsse, daß ein Status quo ante (vorheriger Zustand) des Friedensvertrages hergestellt wird, und in Anbetracht dieser allgemeinen Forderungen verlangt es namentlich, daß die neuerdings im vollen Verständnis mit dem Versailler Vertrag bestanden Gebiete geschützt werden, daß die in den Rheinländern von der Rheinlandkommission